



# HESSISCHER LANDTAG

08. 08. 2024

RTA

## Dringlicher Berichts Antrag

### Fraktion der Freien Demokraten

#### **Anhaltende Kritik wegen zu langen Verfahrensdauern am Amtsgericht Offenbach: Wann sind endlich spürbare Verbesserungen zu erwarten?**

Das Amtsgericht Offenbach steht seit Jahren in der Kritik. Nach der Berichterstattung vom 30. Juli 2024 der Offenbach Post legte ein Rechtsanwalt eine Dienstaufsichtsbeschwerde wegen der langen Bearbeitungsdauer ein. Nach seiner Einschätzung dauere ein Kostenfestsetzungsverfahren in der Regel zwischen sechs und acht Wochen, während das Amtsgericht Offenbach mehr als ein Jahr benötige. Die Notarkammer Frankfurt stufte das Offenbacher Amtsgericht sogar als Problemgericht ein. Eine Besserung sei seitdem jedoch nicht eingetreten. Ein weiterer Fall betrifft einen Offenbacher, der im September letzten Jahres eine Klage gegen seine Hausverwaltung eingereicht hat. Trotz eines vorgesehenen schriftlichen Verfahrens und einer unkomplizierten Fallkonstellation habe es bisher keinerlei Rückmeldungen vom Gericht gegeben. Auch Nachfragen des Anwalts am 19. Juli hätten keine Abhilfe geschaffen, selbst die Gerichtskostenrechnung würde noch fehlen. Laut Stefan Mohr, Präsident des Offenbacher Amtsgerichts, würden die Verfahrensdauern dort mittlerweile im Durchschnitt aller Amtsgerichte in Hessen liegen. Mit den vom Ministerium und dem OLG Frankfurt initiierten umfangreichen Unterstützungsmaßnahmen, an denen eine Vielzahl hessischer Gerichte beteiligt waren, sei es gelungen, die Rückstände, insbesondere in der Nachlass- und Grundbuchabteilung, aufzuarbeiten. Zusätzlich sei das Amtsgericht durch das Land personell verstärkt worden. Der Neustrukturierungsprozess habe davor bestehende Probleme bei der zeitnaher Bearbeitung von Gerichtsverfahren nachhaltig behoben. Arbeitsabläufe und Strukturen seien umorganisiert und optimiert worden. Laut Stefan Mohr sei die Einführung der E-Akte mit technischen und personellen Herausforderungen verbunden. Die Umstellung immensen Ausmaßes bedinge in Zivilsachen gegenwärtig noch eine verlängerte Verfahrensdauer. Im Rahmen der Beantwortung des Berichtsantrages der Freien Demokraten vom 19. Januar 2023 (Drucksache 20/10404) äußerte der Justizminister, dass das Ziel bleibe, das Angebot des Amtsgerichts Offenbach für die Menschen so zu verbessern, dass es dem Standard der hessischen Justiz entspreche. Im Rahmen eines weiteren Berichtsantrags der Freien Demokraten vom 30. August 2023 (Drucksache 20/11511) sagte der Justizminister, dass er zuversichtlich sei, dass das Amtsgericht Offenbach in den nächsten Monaten wieder in Gänze dem Standard der hessischen Justiz gerecht wird. Zum jetzigen Zeitpunkt, ein Jahr später, geben Rückmeldungen aus dem Kreis der Anwaltschaft und der Rechtssuchenden Anlass zur Vermutung, dass der Standard der hessischen Justiz bis dato noch nicht erreicht wurde.

Die Landesregierung wird ersucht, im Rechtspolitischen Ausschuss (RTA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wie erklärt sich die Landesregierung die lange Bearbeitungsdauer in den geschilderten Fällen in der Vorbemerkung?
2. Welche konkreten Maßnahmen wurden seit der Beantwortung des letzten Berichtsantrags vom 7. September 2023 zur Unterstützung des Amtsgerichts Offenbach ergriffen?
3. Wie viele zusätzliche Stellen wurden seitdem beim Amtsgericht Offenbach geschaffen und besetzt?
4. Wie hat sich die durchschnittliche Bearbeitungsdauer von Verfahren am Amtsgericht Offenbach seit dem 7. September 2023 entwickelt?
5. Welche Rückstände bestehen aktuell in der Nachlass- und Grundbuch- sowie der Zwangsvollstreckungsabteilung des Amtsgerichts Offenbach?

6. Wurden aus Sicht der Landesregierung die notwendigen Maßnahmen ergriffen, um die Ursachen der langen Bearbeitungszeiten zu beheben?
7. Welche Maßnahmen plant das Justizministerium, um die Bearbeitungszeiten am Amtsgericht Offenbach weiter zu verkürzen?
8. Wie viele Dienstaufsichtsbeschwerden wurden seit dem 1. Januar 2023 gegen das Amtsgericht Offenbach eingereicht? (Bitte um Aufschlüsselung nach dem Zeitpunkt der Beschwerde und den Gründen)
9. Wie viele Verfahren befinden sich derzeit am Amtsgericht Offenbach in Bearbeitung, und wie verteilen sich diese auf die verschiedenen Abteilungen?
10. Welche spezifischen Kriterien und Indikatoren werden verwendet, um den Erfolg der eingeleiteten Maßnahmen am Amtsgericht Offenbach zu messen und zu bewerten?
11. Welche konkreten Erfolge und Verbesserungen in der Verfahrensdauer und -qualität sind seit Beginn der engmaschigen Begleitung und Unterstützung dokumentiert?
12. Konnte die Innenrevision des Oberlandesgerichts bereits eine Überprüfung oder Evaluation der Maßnahmen hinsichtlich der Ergebnisse des Amtsgerichts Offenbach vornehmen?
13. Welche speziellen Schulungen oder Weiterbildungen wurden für das Personal des Amtsgerichts Offenbach angeboten, um die Effizienz zu steigern?
14. Welche konkreten Erfolge wurden durch die Neustrukturierungsmaßnahmen am Amtsgericht Offenbach erzielt?
15. Wie wird die Einhaltung der hessischen Justizstandards am Amtsgericht Offenbach aktuell überwacht und sichergestellt?
16. Welche Feedbackmechanismen existieren, um Rückmeldungen der Anwaltschaft und Rechtssuchenden bezüglich der Arbeit des Amtsgerichts Offenbach zu erfassen und auszuwerten?
17. Wie werden die Prioritäten bei der Bearbeitung der Rückstände am Amtsgericht Offenbach derzeit festgelegt?
18. Welche weiteren Unterstützungsmaßnahmen sind seitens des Justizministeriums und des OLG Frankfurt für das Amtsgericht Offenbach geplant?
19. Welche spezifischen Gründe führen nach Ansicht des Justizministeriums dazu, dass das Amtsgericht Offenbach trotz der eingeleiteten Maßnahmen und Neustrukturierung weiterhin Probleme hat, die Bearbeitungszeiten zu reduzieren?
20. Welche Daten und Statistiken liegen vor, um die Aussage zu untermauern, dass die mittleren Verfahrensdauern am Amtsgericht Offenbach mittlerweile im Durchschnitt aller Amtsgerichte in Hessen liegen?
21. Wie wird die Kommunikation zwischen dem Amtsgericht Offenbach und den Anwaltschaften bzw. Betroffenen verbessert, um Rückmeldungen und Nachfragen effektiver zu bearbeiten?
22. Welche Maßnahmen sind vorgesehen, um die Transparenz der Verfahrensabläufe am Amtsgericht Offenbach zu erhöhen?
23. Wie ist die aktuelle technische Ausstattung des Amtsgerichts Offenbach und inwiefern trägt diese zur Effizienz der Arbeitsabläufe bei?
24. Welche Rückmeldungen haben die Mitarbeiter des Amtsgerichts Offenbach zu den bisher umgesetzten Maßnahmen gegeben?
25. Wie werden die Mitarbeiter des Amtsgerichts Offenbach in die Prozesse der Neustrukturierung und Optimierung eingebunden?

26. Wie wurden die Mitarbeiter des Amtsgerichts Offenbach auf die Nutzung der elektronischen Akte vorbereitet und geschult?
27. Inwiefern hat die Umstellung auf die elektronische Akte zu einer Verlängerung der Verfahrensdauer in Zivilsachen geführt?
28. Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um die Verfahrensdauer während der Umstellungsphase zu minimieren?
29. Welche zusätzlichen personellen Ressourcen wurden während der Umstellungsphase zur Verfügung gestellt?
30. Welche technischen Supportsysteme stehen den Mitarbeitern zur Verfügung, um Probleme mit der elektronischen Akte zu lösen?
31. Welche weiteren Digitalisierungsschritte sind am Amtsgericht Offenbach geplant, um die Effizienz weiter zu steigern?
32. Wurde bereits eine Nachfolge für den demnächst ausscheidenden Präsidenten und seine Stellvertretung des Amtsgerichts Offenbach beschlossen?
33. Wenn nein: Warum nicht?

Wiesbaden, 8. August 2024

Der Parlamentarische Geschäftsführer:  
**Oliver Stirböck**